



# Der schwarz-gelbe Herbst 2010

Ein Jahr CDU/CSU/FDP-Regierung –  
Politik gegen Bürgerinnen und Bürger

## Vorwort



Vor einem Jahr ist die schwarz-gelbe Bundesregierung angetreten, die Politik in Deutschland zu verändern. Merkel und Westerwelle sahen sich als „Traumpaar“ der deutschen Politik. Dem Höhenflug folgte schnell eine Bruchlandung: Keine Regierung vorher hat so schnell und nachhaltig das Vertrauen der Bevölkerung verloren – und den Anstand im Umgang miteinander gleich mit: Gegenseitige Beschimpfungen als „Wildsau“ und „Gurkentruppe“ ließen nicht nur einen Großteil der eigenen Anhängerschaft fassungslos zurück.

Konzentriert hat sich die Bundesregierung auf die Befriedigung der Interessen ihrer Großspender: Atomindustrie, Hoteliers, reiche Erben und die private Krankenversicherung: Sie alle dürfen sich über großzügige Geschenke aus dem Steuersäckel freuen.

Fast ist da vergessen, dass bis zur Landtagswahl in NRW im Mai 2010 überhaupt nicht regiert wurde. Der nun angekündigte „Herbst der Entscheidungen“ ist als Drohung mit weiterem Unheil zu verstehen.

Diese Broschüre macht noch einmal deutlich, warum Schwarz-Gelb nichts mehr fürchtet als die nächsten Wahlen und bei der Bevölkerung längst unten durch ist.



Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD

Frankfurter Allgemeine, 05.02.2010, S. 2  
**„Voller Fehler und Pannen“**  
Streit auch am hundertsten Tag  
Die schwarz-gelbe Koalition ringt nach Ende der Schonfrist weiter um gemeinsame Ziel  
CDU-General Gröhe rät zu Konzentration auf das Wesentliche / FDP stichelt gegen Uni

Süddeutsche Zeitung, 18.02.2010, S. 1  
**Seehofer verspottet Westerwelle**  
CSU-Chef empfiehlt Außenminister „mehr Souveränität“  
/ Vorsitzende der Koalitionsparteien planen Krisengipfel  
die tageszeitung, 28.09.2010, S. 8

**Lobby bremst Regierung aus**  
ENERGIEPOLITIK Das Bundeskabinett will heute das Energiekonzept

Frankfurter Rundschau, 28.05.2010, S. 5  
**Überdross an Schwarz-Gelb**  
Deutschlandtrend: Nur noch jeder Fünfte zufrieden mit  
Handelsblatt, 14.10.2010, S. 5

**Schwarz-gelbe Bundesregierung sinkt auf Umfrage-Tief**

DER TAGESSPIEGEL, 20.05.2010, S. 3  
**Koalition kontus**

Süddeutsche Zeitung, 10.09.2010, S. 1  
**Koalition schreibt von der Pharmaindustrie ab**  
In der Verordnung geht es um die Bewertung neuer  
Medikamente / SPD: Dreiste Lobbyarbeit seit Jahren



Volkmar Schulz/Keystone

Arzneimittel

Spiegel online 27.09.2010

Pharmalobby diktiert Gesetzesänderung Nr. 4

Beitragserhöhung

Süddeutsche Zeitung, 23.09.2010, S. 1

Gesundheitsreform kommt die Patienten teuer

Künftig müssen Kassenmitglieder alle Kostensteigerungen alleine tragen / Arbeitgeber-Anteil wird eingefroren

DIE WELT, 30.09.2010, S. 10

Rösler bittet zur Vorkasse

## Schwarz-Gelb läutet das Ende des solidarischen Gesundheitssystems ein

Mit der Gesundheitsreform läuten CDU/CSU und FDP das Ende des solidarischen Gesundheitssystems ein, weil Kostensteigerungen künftig allein von den Versicherten getragen werden sollen. Bisher konnten sich alle darauf verlassen, dass sie in ihrer Krankenkasse alle notwendigen Leistungen für einen bezahlbaren Beitrag erhielten. Das soll künftig nicht mehr so sein.

### ► Schwarz-Gelb verursacht höhere Beiträge

Die Regierung will die Krankenversicherungsbeiträge von 14,9 auf 15,5 % anheben. Ein Durchschnittsverdiener (2600 Euro) muss dann rund 96 Euro pro Jahr mehr bezahlen. Hinzu kommen Zusatzbeiträge, die allein die Versicherten tragen müssen. Das ist der Einstieg in die ungerechte Kopfpauschale.

### ► Schwarz-Gelb will die Vorkasse für Patienten

Gesetzlich Versicherte sollen in Zukunft ihre Arztrechnung in Vorkasse bezahlen. Geringverdiener können sich das oft nicht leisten. Außerdem besteht die Gefahr, dass nur derjenige einen schnellen Arzttermin bekommt, der bereit ist, im Voraus zu zahlen.

### ► Schwarz-Gelb bedient die Lobby

**Beispiel Pharmaindustrie:** Obwohl bei uns die Arzneimittelpreise um 50 % bis 60 % über dem europäischen Durchschnitt liegen, verhindert die Regierung mehr Wettbewerb.

**Beispiel Privatversicherungen:** Die Regierung verschafft den privaten Kassen Vorteile, damit sie sich auf Kosten der gesetzlich Versicherten sanieren können.



## Schwarz-Gelb stellt Interessen der Finanzindustrie vor das Gemeinwohl

Schwarz-Gelb zieht weiterhin keine Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Die Regierung hat international keinen Druck gemacht, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, mit der kurzfristige Spekulationen unterbunden werden können. Auch nationale Lösungen hat sie nicht vorangetrieben. Statt dessen gönnen sich Bankmanager, die Milliarden verzockt haben, schon wieder Bonuszahlungen in Millionenhöhe.

► **Schwarz-Gelb belastet Mittelschicht und sozial Schwache**  
 Mit dem „Sparpaket“ belastet die Regierung vor allem Arbeitslose und Wohngeldempfänger. Die Mittelschicht zahlt indirekt: Weil die schwarz-gelben Steuergeschenke und die Finanzkrise den Kommunen Milliarden entziehen, werden höhere Gebühren fällig.

► **Schwarz-Gelb schont die wirklich Reichen**  
 Die Besser- und Bestverdienenden werden geschont, obwohl sie am meisten von den Finanzspekulationen profitiert haben. Kurz nach Regierungsübernahme gab's Steuergeschenke in Milliardenhöhe für Hoteliers, Unternehmen und reiche Erben.

► **Schwarz-Gelb bedient die Banken-Lobby**  
 Auch im Bankensektor und bei den Finanzdienstleistungen hat die Bundesregierung bislang keine wirksame Regulierung zustande gebracht. Mehr Transparenz für Verbraucher beim Kauf von Finanzprodukten, wie sie etwa durch einen einheitlichen „Beipackzettel“ erreicht würden, wurde verhindert.



## Schwarz-Gelb fördert Lohndrückerei und verhindert faire Arbeitsverhältnisse

Über fünf Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für weniger als acht Euro pro Stunde. Mindestens 1,2 Millionen arbeiten für weniger als fünf Euro. Und rund 1,3 Millionen erhalten trotz Arbeit staatliche Unterstützung, weil ihre Löhne nicht für das gesetzliche Existenzminimum ausreichen.

### ► Schwarz-Gelb blockiert den Mindestlohn

Wirksamstes Mittel gegen Lohndumping ist der gesetzliche Mindestlohn, wie es ihn in fast allen EU-Ländern gibt. CDU/CSU und FDP blockieren ihn noch immer. Damit handeln sie gegen jede ökonomische Vernunft, denn faire Löhne fördern die Kaufkraft und stärken die Wirtschaft. Dumpinglöhne gehen dagegen zu Lasten der Steuerzahler, weil sie das Aufstocken von Niedriglöhnen mit ihren Steuern finanzieren.

### ► Schwarz-Gelb tut nichts gegen prekäre Arbeit

Leiharbeit wird immer häufiger als Instrument für Tarifflicht und Lohndumping missbraucht. Derzeit wird jede dritte offene Stelle in Deutschland mit Leiharbeitern besetzt. Schwarz-Gelb hat bislang nichts unternommen, um Leiharbeit zu regulieren und das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchzusetzen. Besonders junge Arbeitnehmer sind von prekären Jobs (Praktika, befristete Verträge) betroffen. Schwarz-Gelb will sogar eine Verlängerung von befristeten Verträgen durchsetzen und die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik um zwei Milliarden Euro kürzen. Schwarz-Gelb gefährdet die Zukunft junger Menschen.



## Schwarz-Gelb vernachlässigt die Familien

Die frühe Förderung von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wesentliche Voraussetzungen für eine moderne Gesellschaft und für sozialen Zusammenhalt. Die Regierung vernachlässigt dieses Feld bislang völlig.

### ► Schwarz-Gelb streicht beim Elterngeld

Statt wie versprochen das Elterngeld auszuweiten, kürzt Schwarz-Gelb bei Gering- und Normalverdiener-Familien. Familien mit 2.000 Euro netto haben künftig 480 Euro pro Jahr weniger. Langzeitarbeitslosen streicht Schwarz-Gelb das Elterngeld sogar ganz. Da aber der Höchstbetrag für das Elterngeld gleich bleibt, haben reiche Familien keine Einbußen.

### ► Schwarz-Gelb behindert den Kita-Ausbau

Statt Kinder von klein auf besser zu fördern und den Ausbau von Kitas voranzutreiben, will Schwarz-Gelb ab 2013 ein Betreuungsgeld („Herdprämie“) von 150 Euro pro Familie zahlen. Das Geld sollen Familien dafür erhalten, dass sie ihr Kind nicht in den Kindergarten schicken. Verlierer sind die Kinder, die auf gute Bildungschancen verzichten müssen.

### ► Schwarz-Gelb: Nullrunde für arme Kinder

Bei der Neuregelung von Arbeitslosengeld II hat Schwarz-Gelb für Kinder eine Nullrunde beschlossen. Das zusätzliche Bildungspaket ist völlig unzureichend: 12,50 Euro monatlich für Freizeit, Sportverein oder Musikunterricht reichen vorne und hinten nicht. Vom Zuschuss zum warmen Mittagessen hat nur jedes fünfte Kind etwas, da dies nicht in allen Schulen angeboten wird.



**Was von Schwarz-Gelb übrig bleibt.**

FTD, 10.9.2010  
**Merkel schützt Atomindustrie vor Rot-Grün**  
 Regierung bewahrt Konzerne vor höchsten Sicherheitsstandards und Steuern - Geheimvertrag nun publik

*„Die Bundesbürger werden von den Betreibern der Atomkraftwerke gleich doppelt abkassiert, über die Stromrechnung und ihre gezahlten Steuern.“*  
 Pressemitteilung Greenpeace 13.10.2010

Getty Images

## Schwarz-Gelb will zurück in den Atomstaat und füllt die Kassen der Atomkonzerne

Anstatt ein zukunftsfähiges Energiekonzept zu entwickeln und erneuerbare Energien zu fördern, marschiert Schwarz-Gelb Hand in Hand mit der Atom-Lobby zurück in den Atomstaat.

### ► Schwarz-Gelb verlängert die AKW-Laufzeiten

Die Regierung will die Restlaufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke bis zu 14 Jahre verlängern, in Einzelfällen können AKWs noch länger laufen. Mit dieser Entscheidung spült Schwarz-Gelb den vier großen Stromkonzernen rund 58 Milliarden Euro Zusatzgewinn in die Kasse. Die Sicherheitsrisiken bleiben bestehen, die Endlager-Frage bleibt weiter ungeklärt.

### ► Schwarz-Gelb knickt vor der Atomlobby ein

In geheimen Zusatzverhandlungen zum Energiekonzept hat Schwarz-Gelb der Atom-Lobby u.a. Abstriche bei der sicherheitstechnischen Nachrüstung von AKWs zugesagt, falls diese zu teuer werden. Ebenso ist Schwarz-Gelb bei der Höhe der „Brennelementesteuer“ eingeknickt, mit der vor allem die teure Endlagerung finanziert werden soll, die derzeit von den Steuerzahlern getragen werden muss.

### ► Schwarz-Gelb stellt Erneuerbare aufs Abstellgleis

Verlierer schwarz-gelber Atompolitik sind die erneuerbaren Energien, da Atomkraft auf Jahre hinaus ihren Marktzugang erschwert und die Atomkonzerne ihre Monopolstellung auf dem Markt noch ausbauen können. Dies bedeutet auch: kein richtiger Wettbewerb und weiterhin überhöhte Strompreise.



## Schwarz-Gelb verhindert eine erfolgreiche Integrationsarbeit

Wer die Integration in unsere Gesellschaft verbessern will, muss allen eine Chance auf Teilhabe geben – gerade auch Kindern und Jugendlichen. Schwarz-Gelb tut genau das Gegenteil und behindert eine erfolgreiche Integrationspolitik.

### ► Schwarz-Gelb verhindert Kita-Ausbau

Die Steuergeschenke der Bundesregierung an Hoteliers und andere verschärfen die Finanznot der Kommunen. Hier fehlt das Geld, um den Ausbau von Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen voranzutreiben und das soziale Lernen von Kindern – auch aus anderen Kulturen – bestmöglich zu fördern.

### ► Schwarz-Gelb kürzt bei aktiver Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung setzt ausgerechnet bei Maßnahmen zur Berufsorientierung und Ausbildungsförderung den Rotstift an. Gelder für notwendige Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen werden gekürzt und so die Qualifizierung von Arbeitskräften verhindert – dies angesichts eines eklatanten Fachkräftemangels in Deutschland. Damit gefährdet Schwarz-Gelb den Wirtschaftstandort Deutschland.

### ► Schwarz-Gelb verschärft die Spaltung in den Städten

Die Bundesregierung kürzt massiv bei der Städtebauförderung und setzt so erfolgreiche Programme wie die „Soziale Stadt“ mutwillig aufs Spiel. Damit befördert Schwarz-Gelb die soziale Spaltung vor Ort und nimmt ein weiteres Auseinanderdriften der Kulturen bewusst in Kauf.

# Die Macht bröckelt ...

2010 sind Angela Merkel drei Spitzenpolitiker und der von Schwarz-Gelb gekürte Bundespräsident von der Fahne gegangen. Weitere Abgänge drohen ...



**Jürgen Rüttgers, am 9. Mai 2010  
als nordrhein-westfälischer  
Ministerpräsident abgewählt**



**Horst Köhler, am 31. Mai 2010 als  
Bundespräsident zurückgetreten**



**Ole von Beust, am 25. August 2010  
als Erster Bürgermeister  
der Freien und Hansestadt  
Hamburg zurückgetreten**



**Roland Koch, am 31. August 2010  
als hessischer Ministerpräsident  
zurückgetreten**



## Der Nächste ?

**Stefan Mappus, baden-württembergischer  
Ministerpräsident – sein politisches Schicksal  
entscheidet sich bei der Landtagswahl  
am 27. März 2011**